

Hessen plant Abfallgesetz

Wiederverwertung soll Vorschrift werden

Von unserem Korrespondenten

hh. Wiesbaden

Als erstes Bundesland will Hessen die getrennte Sammlung von Abfällen und deren Wiederverwertung gesetzlich fest-schreiben. Das erklärte am Montag in Wiesbaden Umweltminister Armin Clauss (SPD). Er sei davon überzeugt, daß diese „grundsätzliche Neuorientierung der Ab-fallpolitik“, die auf Vereinbarungen mit den Grünen zurückgeht, noch im Herbst ver-wirklicht wird.

Der Minister stellt die „Grundsätze der hessischen Abfallwirtschaft“ zu einer Zeit vor, in der das Land nach seinen Worten große Schwierigkeiten bei der Beseitigung des Sondermülls hat. Nach wie vor ist beispielsweise ungeklärt, wo der Filterstaub aus der Darmstädter Müllverbrennungsan-lage gelagert werden kann.

Das neue Gesetz stellt die Abfallwirt-schaft und nicht mehr die bloße Abfallbesei-tigung in den Vordergrund. Überflüssigen Müll vermeiden, alle Wertstoffe getrennt sammeln, Abfallstoffe weitestgehend wie-derverwerten sowie Restmengen ungefähr-lich für die Umwelt zu beseitigen – dies sind die Grundsätze.

Clauss, der den Anteil des Verpackungsmaterials am Hausmüll mit einem Drittel angibt, dessen Beseitigung jährlich mit 2,5 Milliarden DM beziffert, will bereits hier mit einer „konsequenten Abfallvermei-dung“ ansetzen. Er rechnet mit einer Verringerung der Müllmengen kurzfristig um 25 bis 30 Prozent, mittelfristig sogar um 50 Prozent. Künftig sollen vorrangig nur noch Haldendeponien angelegt werden. Eine Absage erteilt Clauss neuen Müllver-brennungsanlagen.

HIAZ 2.10.84